

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Wer meint, dass nach der Marathonsitzung Ende März Ruhe in die **Ampelkoalition** eingekehrt ist, hat sich gründlich getäuscht. Keine 4 Wochen später stehen Themen wie Zeiterfassung, Start-Up-Förderung, GEG-Gesetz (Gebäudeenergiegesetz), Klimawende und anderes mehr auf der Streitliste zur Abarbeitung. Eineinhalb Jahre ist die Ampel im Amt, ist zerstritten, weil die 3 Parteien eine unterschiedliche Blickrichtung auf die Problematik der Themen haben. Mag sein, dass die eine oder andere Idee brauchbar ist, aber im Endeffekt wirkt das alles planlos. So verspielt man bei den Bürgern Vertrauen! Olaf Scholz ist als Kanzler und baumstarke Führungspersönlichkeit angetreten und stellt sich heute als Bonsai dar. So bringt man Deutschland nicht weiter.

Warum erkennt die Politik nicht, dass in Deutschland die Kilowattstunde Strom 25% über allen anderen 27 EU-Ländern liegt und fast dreimal so hoch wie in den USA. Die Zeit, günstiges Gas aus Russland zu importieren, ist vorbei und wird wahrscheinlich auch nicht wiederkommen. Fachberater der Regierung müssen warnen, denn die Zahl der Erwerbstätigen geht bis 2040 zurück. Logisch wäre es, mehr zu arbeiten gemäß dem Niveau von 1993 (1.541 Std. im Jahr). Deutschland ist das Land mit der geringsten Arbeitszeit; in Relation: USA 1.786 Std., Italien 1.723 Std., Spanien 1.701 Std. Was machen der Bundesarbeitsminister (Hubertus Heil) und seine SPD-Parteikollegin Saskia Esken: Sie fordern eine 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Lange basierte das **deutsche Geschäftsmodell** auf preisgünstigen Gaslieferungen aus Russland, billige Einkaufsquellen ex China und für die Sicherheit sorgten zum (fast) Nulltarif NATO und die USA. Obwohl sich die Wirtschaft noch als robust darstellt, wurde Deutschland vom Sockel des Exportweltmeisters gestoßen (von China). Falls wir sie nicht schon haben, marschieren wir auf eine „Stagflation“ zu. Für dieses Jahr wird ein embryonales Wachstum von 0,2% und für nächstes Jahr von 1,4% prognostiziert. Damit sind wir Schlusslicht in Europa. 1999 titulierte uns der britische „Economist“ als „kranker Mann Europas“. Aktuell droht uns die ökonomische Intensivstation. EY² analysierte, dass ausländische Unternehmen immer weniger in Deutschland investieren. Frankreich, die USA mit dem Subventionsprogramm „Inflation Reduction Act“ (IRA) und selbst England (trotz Brexit) liegen bei Entwicklung und digitalen Innovationen, Forschung und Wirtschaftsreformen vor Deutschland. Die Fehler der Politiker landen im Endeffekt bei deutschen Unternehmen, Arbeitnehmern und Sparern. Noch geht es uns gut, aber die Verfassung der Staatsfinanzen und der robuste Arbeitsmarkt werden bröckeln – wir müssen uns auf künftigen Wohlstandsverlust einstellen. Obwohl es mit dem Wirtschaftsmodell Deutschland abwärts geht, hält unser Kanzler Wachstumsraten wie zu Zeiten des Wirtschaftswunders für möglich. Das hat der ifo-Chef Clemens Fuest mit nur einem Satz kommentiert: Ein neues Wunder wird die Politik kaum produzieren können, sondern allenfalls den wirtschaftlichen Niedergang verhindern.

¹ Wirtschaftlicher Stillstand verbunden mit hoher Inflation

² Ernst & Young ist ein unter dem Kürzel EY global operierendes Netzwerk rechtlich selbstständiger und unabhängiger Unternehmen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Transaktionsberatung, Risk Advisory, Financial Advisory sowie Unternehmens- bzw. Managementberatung und klassische Rechtsberatung. (Quelle: Wikipedia)

Wenn man von Verlierern spricht, sollte man auch über Gewinner reden. Die OPEC³ z.B. braucht nur die Fördermenge zu senken, schon steigen die Preise. Norwegische Gaslieferanten verdienen sich z.Zt. eine „goldene Nase“. Lieferanten aus den USA können hochpreisig aus dem umstrittenen Fracking-Verfahren Schiefergas nach Deutschland verkaufen. Für grünen Wasserstoff, ex Frankreich mittels Elektrolyse erzeugt, betrieben mit Atomkraft, müssen wir „tief in die Kasse“ greifen.

Für uns führt der Weg zur deutschen **Energiewende** über einen Scherbenhaufen und wir hoffen, dass sie nicht in Selbigem landet. Das Ziel ist, bis 2045 klimaneutral zu sein. 90% der Klimagase entfällt auf CO₂. 2022 wurden über 660 Mio. Tonnen in die Luft geblasen. Ein Erfolg, denn 1990 waren es rund 37% mehr. Das Ziel für 2030 ist 65% weniger. Aus der Kohle will man aussteigen und Gas soll durch Wasserstoff ersetzt werden. Für Haushalte und Verkehr setzt man auf Strom, so ist das Wunschdenken. Aber ohne Gas wird es nicht gehen, weil hohe Temperaturen (für die Stahl- und Glasherstellung) nur damit erreicht werden. Der Aufbauplan für Wasserstoff sieht eine Elektrolysekapazität von 30 Gigawatt im Jahr 2030 vor. Starten will man 2025. Bei Thyssenkrupp sieht man das Projekt „Grüner Stahl“ durch Wasserstoff gefährdet, weil die vom Land zugesagten Milliarden (NRW will bis zu 700 Mio. € beisteuern) nicht fließen. Berlin sowie Brüssel melden aufgrund von Wettbewerbsverzerrung Bedenken an. Am 23.06. soll die Entscheidung fallen. Schon heute ist klar, dass wir Wasserstoff importieren müssen. Wenn dieser in Wilhelmshaven ankommt, könnte das bestehende Erdgasnetz für den Weitertransport genutzt werden. Der Umbau des ca. 550.000 km langen Verteilnetzes würde ca. 7 Mrd. € kosten. Für 46.000 km Hochdruckleitungen müssten 45 Mrd. € veranschlagt werden. Dieses Netz muss um ca. 8.000 km neuer Leitungen ergänzt werden. Dafür sollten 8 Mrd. € zur Verfügung stehen. Das alles steht auf dem Papier, denn gestartet ist bis heute so gut wie nichts. Verbände mahnen politische Leitlinien an, denn wenn sich Investitionen nicht lohnen, bleibt es bei den Plänen. Fernwärme für Städte und Gemeinden ist bisher unberücksichtigt, weil die Politik auf Wärmepumpen setzt. Die wiederum brauchen auch Strom. Fakt ist, wenn man mit der „Deutschlandgeschwindigkeit“ so weitermacht, wird man wiederum nur zweiter Sieger sein.

Wir ergänzen das Thema Wärmepumpen und verweisen auf unser monatliches Rundschreiben vom Februar dieses Jahres. Darin informierten wir, dass neben den Insolvenzen immer mehr Firmen Deutschland den Rücken kehren. Im vergangenen Monat wurde bekannt, dass der größte Hersteller (Gründung 1917) von Heizgeräten, Wärmepumpen und ähnlichem sein Kerngeschäft an Carrier Global (Florida, USA) verkaufte. Wir haben keine Belege dafür, glauben aber, dass **Viessmann** nicht gewillt war, sich mit fernöstlichen Herstellern (die jetzt massiv auf den deutschen Markt drängen) zu „duellieren“. Die Präsidentin des Verbandes „Die Familienunternehmen“ sagte: „Das ist die Antwort auf Habecks Klimapolitik“. Von der Politik wurde auf Sicht das Geschäft mit Gasbrennern verboten. Mit einer Wärmepumpenfabrik im slowakischen Senica startet **Vaillant** in diesem Monat. Die Gründe: schnellere Genehmigungen, geringere Energiepreise und niedrigere Löhne. Auch der größte Heizungsfachgroßhandel **Cordes & Graefe** (bei dem viele Handwerker kaufen) hat Wärmepumpen von Samsung ins Programm genommen. Wenn man die Kommentare zum Viessmann-Verkauf von Katharina Dröge (Grüne) und Verena Hubertz (SPD) hört, muss man fragen, was noch kommen muss, damit die Politik das als Schock empfindet.

³ Kartell der Ölförderländer

Christian Lindner ist in der Ampelkoalition um sein Amt als Bundesfinanzminister nicht zu beneiden. Entgegen der meisten seiner Ministerkollegen tritt er auf die Bremse. Die Vorlage zum Haushaltsentwurf 2024 wurde schon mehrfach verschoben. In der Zeit des billigen Geldes sank die Verschuldung, sodass der Staat teilweise damit noch Geld verdiente. Heute haben wir ein Zinsniveau wie 2010, also eine höhere Belastung durch Schuldzinsen. Um die anstehenden Aufgaben finanziell zu bewältigen, wollen SPD und Grüne „Sondervermögen“ bilden. Das bedeutet aber nichts anderes, als weitere Schulden zu machen (die mit Krediten finanziert sind), was nicht mit dem Geist der Schuldenbremse vereinbar ist. Die Steuerschätzer haben ihre Arbeit bereits gemacht und es ist bekannt, dass die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in 2025 erstmals über 1 Billion € (1.000.000.000.000) liegen werden. Anscheinend reicht das immer noch nicht, denn es klafft schon jetzt eine Lücke von bis zu 149 Mrd. €. Viele Ministerien haben bereits teure Wünsche angemeldet, die der Finanzminister bestimmt nicht erfüllen wird. Bis Juni muss der Haushaltsentwurf stehen. Chr. L. hat sich auf die Fahne geschrieben, dass die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse eingehalten wird. Wächst die Wirtschaft, steigen die Steuereinnahmen. Sinkt die Inflation, dämpft das die Steuereinnahmen (bei steigenden Preisen ist umgekehrt). Für die Grünen gibt es eine einfache Lösung – Steuererhöhungen! Das aber ist mit Chr. L. nicht zu machen, weil Deutschland inzwischen in der EU das Höchststeuerland Nr. 2 (kurz hinter Belgien) ist. Er will dem Steuerzahler nicht zumuten, für seine Leistung mehr an den Fiskus zu geben, als er selbst behalten kann. In der Koalition setzte er das Inflationsausgleichsgesetz durch, was für den Steuerzahler rund 50 Mrd. € weniger ausmacht. Damit wird die „kalte Progression“⁴ ausgeglichen. Der Schreiber dieser monatlichen Information hat Verständnis für Steuerzahlungen, zeigt aber bei den Ministerinnen und Ministern Unverständnis, die bei ihren Reisen „dicke Schecks“ abgeben. Offensichtlich haben die Firmeninhaber, die ihre „Zelte“ in Deutschland abbrechen und im Ausland wieder aufbauen, ähnliche Gedanken gehabt.

Bezüglich Schulden steht Chr. L. nicht nur im Fadenkreuz der bundesdeutschen Grünen und der SPD, sondern auch mit denen in der EU. Zum **Schuldenabbau** hatte die **EU-Kommission** Regeln vorgegeben, die von den EU-Staaten schon längst nicht mehr eingehalten werden. Chr. L. will Mindestvorgaben für alle Staaten durchsetzen, während hochverschuldete Länder (z.B. Griechenland und Italien) von der EU mehr Flexibilität beim Abbau von Schulden fordern. Ursula von der Leyen fordert individuelle Regeln für jedes einzelne Land, damit auch Investitionen für grüne Transformationen umgesetzt werden können. Damit läuft sie bei Robert Habeck (Grüne) offene Türen ein, der aufgrund Lindners Blockade diesen öffentlich als „Spalter der EU“ angriff. Für jeden sollte aber klar sein, dass man nicht gleichzeitig Schulden abbauen und in den grünen Umbau der Wirtschaft investieren kann. Aufgrund der Energiepreisbremse hat Deutschland in diesem Jahr einen Schuldenstand von 67,75%, den man bis 2026 auf 65,5% abbauen will. Wenn es sich abzeichnet, dass die Regierenden das nicht schaffen, „übernimmt man Verantwortung“, schmeißt die Sachen hin und geht.

Für die EU gibt es einige „böse Buben“ auf der Welt, die man bekämpfen muss. Sprechen wir hier ausschließlich über **China**. Das „Belt-and-Road“-Projekt („Neue Seidenstraße“) wurde mit 240 Mrd. US\$ in den letzten 10 Jahren von China finanziert. Hier blühte Korruption und Umweltzerstörung. 60% der chinesischen Auslandsdarlehen sind vom Zahlungsausfall bedroht. Daran sind sicherlich auch die hohen Zinsen, die China aufruft, Schuld. Die Schadensbilanz zeigt die Schattenseite dieses Projekts. Was China wollte, ist in weiten Teilen gelungen, nämlich den politischen Einfluss in den

⁴ Der Begriff beschreibt, dass bei Lohn- und Gehaltserhöhungen mehr Steuern zu zahlen sind, auch wenn die Einkommenssteigerung nur die Inflation ausgleicht.

jeweiligen Ländern zu erhöhen. Das Abstimmungsverhalten insbesondere afrikanischer Staaten bei den Vereinten Nationen spiegelt das wider. Die EU wollte sich nicht die „Wurst vom Brot“ nehmen lassen und startete „Global Gateway“. Immerhin hat sich der bürokratische Koloss in Brüssel mit den Stimmen der Mitgliedsstaaten auf 87 Projekte geeinigt, von denen ein Teil in diesem Jahr angestoßen werden sollen. 300 Mrd. € aus EU-Mitteln, Entwicklungsbudgets der Mitgliedsstaaten und private Investoren sollen das Ganze finanzieren. Bisher allerdings hält sich die Privatwirtschaft auffällig zurück und das „Trommeln“ des EU-Abgeordneten Reinhard Bütikofer für „Global Gateway“ blieb bisher ungehört. In diesem Jahr sollen die Arbeiten für das Datenkabel „Medusa⁵“ beginnen. Bisherige Projekte von hohem ökonomischen und strategischen Wert (Videokonferenzen, Netflix) werden unter neuem Label „Global Gateway“ neu vermarktet. Vergeblich sucht man auf der Liste mit den 87 Projekten Digitalisierung, Wasserstoff oder Rohstoffe.

Das Sprichwort sagt: Der kluge Mann baut vor! Da man nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine weitere Systemkonflikte zwischen dem Westen und China befürchtet, hat man einen Plan erarbeitet, wie Europa mit China umgehen könnte, ohne seine Interessen zu verraten. Der EAD (Europäischer Auswärtiger Dienst) hat das Konzept „Derisking“ erarbeitet, um bei Konflikten mit der Volksrepublik gewappnet zu sein. Die Strategie ist ökonomisch und politisch, nicht militärisch. Auf dem G7-Treffen (ab 19. dieses Monats in Japan) war ein Thema, dass der risikofreie Handel mit China weitergehen soll; man wollte erreichen, dass künftig risikofreie Geschäfte von riskanten abgegrenzt werden. Gleichzeitig will man die Ambitionen unterbinden, dass China an der Spitze einer neuen Weltordnung steht. Berlin sowie die EU wollen ihre Interessen verteidigen, aber nicht zum Protektionismus⁶ übergehen. Wir glauben, dass die Konferenzteilnehmer nicht ausreichend informiert sind, denn seit Jahren ist eine Einfuhr von rost- und säurebeständigen Edelstahlblechen und -bändern aus China aufgrund der bestehenden Einfuhrzölle unmöglich.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Als Partnerland Deutschlands während der Hannover Messe (17.-21.04.) hatte Präsident Joko Widodo reichlich Gelegenheit, sein Land Indonesien als **Nickel**-Lieferant Nr. 1 der Welt darzustellen. Mit dem Abbau verbunden ist das Abholzen der Urwälder bzw. der Umgang mit den isoliert lebenden Indigenen (Urbevölkerung). 2022 förderte Indonesien ca. 1,6 Mio. Tonnen Nickel und deckte damit fast die Hälfte der globalen Produktion ab. Die weltweit größten Nickel-Reserven befinden sich in Indonesien. Das Metall ist für die Autoindustrie und deren Elektrifizierung von besonderem Interesse. In Batterien für Elektroautos ist Nickel Bestandteil der Kathode und sorgt bei geringen Kosten für höhere Energiedichte, Speicherkapazität und Reichweite. Mit einem Anteil von rund 2/3 ist derzeit allerdings die Stahlindustrie der größte Nickel-Verbraucher. In die Batterieindustrie gingen 2022 rund 10%. Mit dem Umstieg von Verbrenner- auf Elektroautos wird sich die Nickel-Nachfrage aus dem Batteriesektor laut Prognosen bis 2030 vervielfachen. Die Nickel-Vorkommen Indonesiens konzentrieren sich auf den Inseln Sulawesi und Halmahera, wo eine Reihe von chinesisch-indonesischen Joint-Venture-Unternehmen, von denen Nickel abgebaut und in Nickel-Schmelzen vor Ort weiterverarbeitet wird. Diese Bemühungen Indonesiens gab es bereits schon seit 2009. Das Ziel der indonesischen Regierung ist es, eine eigene Batterieproduktion aufzubauen und letztlich auch die Herstellung von Elektroautos nach Indonesien zu holen. 2014 erließ Indonesien sogar ein

⁵ Ein 7.100 km langes Glasfaserkabel (99% der weltweiten digitalen Kommunikation laufen über Unterseekabel) sollen Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten mit Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Zypern verknüpfen.

⁶ Staatliche Hemmnisse (z.B. Zölle), um Mitbewerber zu benachteiligen.

Exportverbot für Nickel-Erze und die philippinische Regierung sah postwendend ihre Chance, als Lieferant einzuspringen. Heute ist Indonesien nicht nur das größte Abbauland, sondern auch die Nr. 1 bei der Raffinade-Produktion. Ein vielsagender Indikator für die voranschreitende Industrialisierung ist der Nickel-Verbrauch: Indonesien ist mittlerweile nach China auf Rang 2 der Nickel-Verbraucher – 2013 lag das Land im internationalen Vergleich noch auf Platz 15. Nornickel ist mit 1/5 der weitweiten Nickel-Produktion der größte Einzelförderer der Welt und macht Russland zum drittgrößten Nickel-Produzenten der Welt (nach Indonesien und den Philippinen). Insbesondere die EU ist abhängig von Russland, um die Batterieindustrie hochzuziehen, was auch der Grund sein dürfte, warum Nornickel bislang von westlichen Sanktionen verschont geblieben ist. Die philippinische Regierung unter Ferdinand Marcos Jr. setzt die eingeschlagene Richtung seines Vorgängers Rodrigo Duterte fort und will den philippinischen Bergbausektor bis 2027 verdreifachen. Aufgrund des Exportverbots der Indonesier rückten die Philippinen zu Chinas Nickel-Lieferant Nr. 1 auf. Aber auf den Philippinen würde man auch gerne einen Teil der Wertschöpfungskette abschneiden und es sind Überlegungen im Gange, sich die indonesische Rohstoffpolitik als Vorbild zu nehmen und Exportbeschränkungen auf Nickel-Erze einzuführen.

Bekanntlich wurde an der LME in der Vergangenheit nur Nickel Klasse 1 gehandelt, aber durch die massive Nickel-Förderung Indonesiens wurde um Klasse 2 ergänzt. Sollte dadurch ein Überangebot entstehen, wird das den Preis nach unten verändern. Im Augenblick sind aber keine gravierenden Schwankungen zu erkennen, was sich im Legierungszuschlag widerspiegelt.

Der bis Ende des 2. Quartals festgeschriebene **Chromstahlpreis** bewirkt, dass es auf den Märkten ruhig bleibt.

Die Turbulenzen beim **Molybdän** haben sich in einem derzeitigen Kurs von unter 47.000 US\$ gefestigt. Das wird wahrscheinlich auch in den nächsten Wochen so bleiben und man kann 45.000 US\$ zugrunde legen.

Resümee: Im Augenblick sind die Märkte ruhig und das wird in den nächsten (Urlaubs-)wochen auch so bleiben. Sollte sich die Nachfrage der Chinesen nach Rohstoffen verstärken, könnte es mit dieser ruhigen Phase vorbei sein.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
01.02.2023	1.0857	30.060	30.350	49.086	2.760
01.03.2023	1.0613	25.025	25.225	44.094	2.342
03.04.2023	1.0839	23.560	23.890	43.058	2.166
02.05.2023	1.1003	24.235	24.295	40.016	2.210
22.05.2023	1.0820	21.275	21.425	39.078	1.986

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.067	06/22	1.358	984	994	1.000	1.044	1.055	1.044						
4301	01/22	2.450	05/22	3.844	2.918	2.989	2.903	2.645	2.526	2.506						
4404	01/22	3.690	05/22	5.559	4.673	5.083	5.472	5.040	4.207	4.052						
4509	01/22	1.280	06/22	1.566	1.189	1.199	1.205	1.263	1.289	1.286						
4521	09/22	1.944	06/22	2.343	2.150	2.449	2.916	2.904	2.315	2.190						
4539	01/22	6.590	05/22	10.243	8.729	9.546	10.313	9.370	7.681	7.380						
4571	01/22	3.750	05/22	5.696	4.754	5.164	5.550	5.109	4.270	4.113						

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to						
4016	02/22	1.280	06/22	1.630	1.181	1.193	1.200	1.253	1.266	1.253						
4301	01/22	2.940	05/22	4.614	3.502	3.587	3.484	3.174	3.031	3.007						
4310	01/22	2.770	05/22	4.295	3.251	3.328	3.235	2.964	2.826	2.815						
4404	01/22	4.430	05/22	6.671	5.608	6.100	6.566	6.048	5.048	4.862						

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/22	380	04/22	800	430	430	430	425	440							
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/22	1.050	04/22	2.450	1.500	1.510	1.450	1.400	1.310							
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/22	1.570	04/22	3.300	2.500	2.680	2.650	2.450	2.220							

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta